

PERSONALMANGEL

Neue Ausbildung soll mehr Personal in Kindergärten bringen

Die Grazer Expertin Walter-Laager spricht sich für andere Aus- und Fortbildungsmodule aus. Die bestehenden würden nicht ausreichen. Außerdem fordert sie mehr Geld

23. August 2022, 06:31, 55 Postings

Wien – Der aktuelle Personalmangel stellt die Kindergärten vor eine "Herkulesaufgabe", sagt Elementarpädagogik-Expertin Catherine Walter-Laager von der Universität Graz. Daher das Tempo beim Ausbau zu drosseln wäre aus ihrer Sicht allerdings nicht die Lösung. Sie fordert stattdessen innovative neue Schienen, um mehr Menschen für das Berufsfeld zu gewinnen und dann neben der Arbeit im Kindergarten auszubilden.

Derzeit werden Kindergartenpädagoginnen und Kindergartenpädagogen an den Bundesbildungsanstalten für Elementarpädagogik (Bafep) ausgebildet, entweder an den Langformen mit Maturaabschluss oder den Kollegs für Erwachsene. Seit vergangenem Herbst gibt es zusätzlich eine einjährige Quereinsteigerausbildung an den Pädagogischen Hochschulen (PH). "Die bestehenden Wege reichen im Moment aber einfach nicht aus, um genügend Personal zu rekrutieren und zu professionalisieren", betont Walter-Laager im Gespräch mit der APA.



Die 15a-Vereinbarung ist laut Elementarpädagogik-Expertin Walter-Laager ein "kleines Zeichen".

Foto: Getty Images/iStockphoto

Quereinstieg in Beruf soll flexibler werden

Es brauche deshalb weitere professionelle Möglichkeiten zum Quereinstieg – und zwar ohne Sackgassen. Eine Möglichkeit wären Ausbildungsmodule, durch die man sich immer weiterbilden kann – und zwar bis zur gruppenführenden Pädagogin. "So kann man vielleicht schneller über zwei Wege genügend ausgebildetes Personal generieren."

Geht es nach der aus der Schweiz stammenden Professorin, könnte an der Uni Graz, die im Bereich Elementarpädagogik viele Entwicklungs- und Forschungsprojekte betreibe, eine Art Validierungsstelle eingerichtet werden. Durch Verfahren wie Tests oder Selbsteinschätzung könne man erheben, welche Fähigkeiten die Interessenten bereits mitbringen und welche Ausbildungseinheiten für eine bestimmte Qualifikation noch nötig wären. Die Quereinsteiger würden in diesem Modell gleich im Kindergarten zu arbeiten beginnen und daneben ganz flexibel, mit einer Mischung aus synchronen Lerneinheiten und Selbststudium, schrittweise lernen, wie man die Arbeit in Krippe und Kindergarten am besten strukturiert, plant und durchführt.

An der Uni Graz gibt es derartige Angebote schon, erzählt Walter-Laager. Durch den etwa in Deutschland noch einmal größeren Personalmangel habe die Hochschule schon fünf Jahre Erfahrung mit einer solchen Mischung aus Ausbildungs- und Weiterbildungselementen.

Beim zuletzt vom Bildungsministerium gestarteten einjährigen Angebot für Quereinsteiger findet Walter-Laager die Anforderungen noch recht hoch, immerhin muss man dafür bereits einen Bachelor mitbringen. Es sei allerdings ein wichtiger erster Schritt. Und sie lobt, dass die Ausbildung keine Sackgasse ist und Absolventen im Anschluss das ab Herbst startende Masterstudium an der Uni Graz belegen können. "Man muss immer gucken, dass das gut in ein Gesamtsystem eingebettet wird."

Ringeln um mehr Geld

Auch mehr Geld für die Kindergärten wäre "eine große Hilfe". Damit könnte man dem Personal nicht nur mehr gesellschaftliche Wertschätzung zeigen, es würde auch bei der Bindung an den Arbeitsplatz helfen. Je mehr Personen im Arbeitsfeld bleiben, umso besser für die Gesamtsituation. Erst dann gäbe es laut Walter-Laager wieder Spielräume, und es ließe sich etwa der vor allem bei den älteren Kindern in den Kindergärten in manchen Bundesländern sehr herausfordernde Betreuungsschlüssel verbessern. "Da geht es allerdings um so viel Geld, dass das politisch nur schrittweise machbar ist."

Notwendig wäre eine Geldspritze aus Walter-Laagers Sicht allemal. Immerhin habe sich gerade durch die Corona-Pandemie, in der die Kindergärten vorübergehend geschlossen waren, gezeigt, welchen Wert diese Bildungseinrichtung für die Kindern habe und dass für Familien mit zwei berufstätigen Eltern der Alltag ohne Kindergärten kaum zu bewältigen sei, verweist sie auf eine von ihrem Team mitverfasste Studie, in deren Rahmen 17.000 Eltern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz befragt wurden.

Die zuletzt beschlossene 15a-Vereinbarung, mit der die Länder pro Jahr künftig 200 Millionen Euro im Jahr für Pflichtkindergartenjahr, Sprachförderung und Ausbau bekommen, sei zwar "ein kleines Zeichen". Dieses Geld werde aber angesichts der Herausforderungen nicht reichen, um die Elementarpädagogik "richtig gut aufzustellen". (APA, 23.8.2022)